

ÄNDERUNGSANTRAG

der Fraktion der AfD

zu den Beschlussempfehlungen des Finanzausschusses (4. Ausschuss)
- Drucksachen 8/803, 8/816 -

zu dem Gesetzentwurf der Landesregierung
- Drucksache 8/600 -

**Entwurf eines Gesetzes über die Feststellung des Haushaltsplans des Landes
Mecklenburg-Vorpommern für die Haushaltsjahre 2022 und 2023
(Haushaltsgesetz 2022/2023)**

und der Unterrichtung durch die Landesregierung
- Drucksache 8/598 -

**Mittelfristige Finanzplanung 2021 bis 2026 des Landes Mecklenburg-
Vorpommern einschließlich Investitionsplanung**

hier: Einzelplan 03 – Geschäftsbereich der Ministerpräsidentin
– Staatskanzlei –
Stellenpläne

Der Landtag möge beschließen:

Im
Einzelplan 03 Geschäftsbereich der Ministerpräsidentin – Staatskanzlei –
Kapitel 0301 Ministerpräsidentin – Staatskanzlei –
Titel 422.01 Bezüge und Nebenleistungen der planmäßigen Beamtinnen und Beamten

wird der Haushaltsansatz für das Jahr 2022 von 3 618,5 TEUR um 183,8 TEUR auf
3 802,3 TEUR und für das Jahr 2023 von 3 631,9 TEUR um 188,4 TEUR auf 3 820,3 TEUR
erhöht.

Die Deckung der Mehrausgaben erfolgt wie folgt:

Im

Einzelplan 11	Allgemeine Finanzverwaltung
Kapitel 1111	Sonstige allgemeine Einnahmen und Ausgaben
Titel 359.01	Entnahme aus der Ausgleichsrücklage

wird der Haushaltsansatz für das Jahr 2022 von 463 365,6 TEUR um 183,8 TEUR auf 463 549,4 TEUR und für das Jahr 2023 von 218 875,0 TEUR um 188,4 TEUR auf 219 063,4 TEUR erhöht.

In der Titelerläuterung zu 1111-359.01 wird der Ansatz in der Zeile „Haushaltsausgleich“ in 2022 und 2023 sowie in der Zeile „Summe“ entsprechend erhöht.

Im Stellenplan

Einzelplan 03	Geschäftsbereich der Ministerpräsidentin – Staatskanzlei –
Kapitel 0303	Parlamentarischer Staatssekretär für Vorpommern
Regelbereich	
Titel 422.01	Planstellen für Beamtinnen und Beamten

werden

- 1) eine Planstelle der Besoldungsgruppe A14,
- 2) eine Planstelle der Besoldungsgruppe A13E und
- 3) eine Planstelle der Besoldungsgruppe A10,

übertragen nach

Stellenplan

Einzelplan 03	Geschäftsbereich der Ministerpräsidentin – Staatskanzlei –
Kapitel 0301	Ministerpräsidentin – Staatskanzlei –
Regelbereich	
Titel 422.01	Planstellen für Beamtinnen und Beamten

mit Vermerk „kw: mit Ausscheiden der Stelleninhaberin/des Stelleninhabers.“

Nikolaus Kramer und Fraktion

Begründung:

Der Antrag dient der Umsetzung des Personals aus dem aufzulösenden Geschäftsbereich des Parlamentarischen Staatssekretärs für Vorpommern. Die Auflösung dieses Geschäftsbereichs ist in einem separaten Änderungsantrag der Fraktion der AfD abgebildet. Im Übrigen wird auf die dortige Begründung verwiesen.